

AntragstellerIn:

Vorstand

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,

dass die Verfasste Studierendenschaft Beschwerde gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts Freiburg vom 23.06.15 einlegt.

Dabei soll er eine von zwei Vorgehensweisen alternativ beschließen:

Alternative 1: Dem Unterlassungsantrag wird in seiner Gesamtheit widersprochen. Die Verfassten Studierendenschaft (VS) der Uni Freiburg fordert ihr hochschulpolitisches Mandat ein und damit auch die Aufstellung eigener Senatslisten so wie die Unterstützung und Wahlempfehlungen solcher Senatslisten, die sich an die Beschlüsse der VS halten.

Alternative 2: Die Beschwerde soll darauf abzielen, dass sich die Studierendenvertretung in allen im Beschluss genannten Punkten auch ohne den Beschluss neutral verhalten hätte. Der Verdacht, die Studierendenvertretung würde planen, sich nicht neutral zu verhalten, war unbegründet, weswegen der Antrag hätte abgewiesen werden müssen.

Wenn beide Alternative abgewiesen werden, wird die formale Beschwerde zurückgezogen.

Begründung:

Um die zweiwöchige Frist zu wahren, wurde vom Vorstand schon eine Beschwerde ohne Begründung eingereicht, um dem Studierendenrat die Möglichkeit zu geben, dies basisdemokratisch zu entscheiden. Falls der Studierendenrat sich dagegen entscheiden sollte, wird die Beschwerde zurückgezogen.

Die Begründung für die Beschwerde, die dann vom Vorstand ausgearbeitet werden würde, müsste dann innerhalb der nächsten beiden Wochen nachgereicht werden.

Begründung zu Alternative 1:

Die Verfasste Studierendenschaft (VS) hat laut dem LHG (§65 (4)) ein politisches Mandat, beziehungsweise mindestens ein hochschulpolitisches (LHG §65 (2) 1.), dieses wird ihr durch den Beschluss des VGH Freiburg entzogen. Des Weiteren verweist §65 (2) 2. LHG darauf, dass der VS "die Mitwirkung an den Aufgaben der Hochschulen nach den §§ 2 bis 7 [LHG]" zugesprochen wird. Die §§2 bis 7 berufen sich unter Anderem auf Aufgaben, die an der ALU explizit im Senat erfolgen.

Die Senatswahlen sind keine Wahlen der VS (bei denen sich der StuRa natürlich bei der Meinungsfindung neutral verhalten muss), sondern unabhängige Wahlen der Universität, bei denen es um Sitze im Senat geht, die die Studierendenschaft und deren Meinung vertreten sollen. Da die VS laut LHG die offizielle studentische Vertretung darstellt sollte es dieser auch möglich sein (stimmberechtigte) Sitze im Senat zu stellen oder zumindest Listen aufzustellen, die die Meinung der offiziellen Vertretung in den Senat bringen. Dementsprechend sollte der Verfassten Studierendenschaft und deren Organen auch die Möglichkeit gegeben werden solche Listen zu unterstützen und Wahlempfehlungen auszusprechen.

Begründung zu Alternative 2:

Das Verwaltungsgericht stützt den Bedarf des Beschlusses darauf, dass im letzten Jahr der AStA-Vorstand bei der Koordination der BVS-Listen beteiligt war. Die BVS-Listen entstanden aus den damaligen Listen des u-astas (buf*). Bei der Einführung der Verfassten Studierendenschaft wurden größtenteils die Strukturen und Arbeitsabläufe des u-asta übernommen. So war der erste VS-Vorstand auch bei der Koordination der BVS-Listen beteiligt. Der jetzige Vorstand hatte schon im Februar diese Problematik erkannt und beschlossen, diese Grauzone zu verlassen. Da allerdings Räume, Emailadresse und andere Aspekte der Infrastruktur weiterhin gebraucht wurden, wurde im StuRa ideelle Unterstützung beantragt, was vom VG als Parteinahme gedeutet wurde. Die beiden anderen Listen besitzen diese Vorteile allerdings schon, da sie gewählte Initiativen im Studierendenrat sind.

Insgesamt wurden der VS nur Tätigkeiten untersagt, die definitiv nicht geplant waren: Es war nicht geplant, Wahlempfehlungen auszusprechen, als offizielles Organ Wahlplakate anzubringen, Wahlkampfzeitschriften zu verteilen oder in Vorlesungen Wahlwerbung zu machen. Die Nutzung der Internetseite wurde durch einen Antrag vom StuRa reguliert und während dessen wurden die BVS-Seiten vom letzten Jahr (leider unbewusst nicht vollständig) entfernt. Es gab vor dem Antrag keine aktuelle Wahlwerbung für die BVS-Listen auf der StuRa-Homepage. Der Studierendenrat war unserer Meinung auch ohne den Beschluss des VGs neutral.

Das Verbot, in den Studierendenratssitzungen nicht über bestimmte Themen zu reden, ist mit unserer Satzung nicht vereinbar, da alle Studierenden rede- und antragsberechtigt sind. Die BVS-Liste war zudem nicht die einzige Liste, die davon im StuRa Gebrauch gemacht hat.